Amtliche Abkürzung:	NachwG	**Quelle:**	juris
Ausfertigungsdatum:	20.07.1995		
Gültig ab:	28.07.1995		
Dokumenttyp:	Gesetz	**Fundstelle:**	BGBl I 1995, 946
		FNA:	FNA 800-25, GESTA G8

Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen
Nachweisgesetz

Zum 05.07.2025 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 50 G v. 23.10.2024 I Nr. 323

Fußnoten

(+++ Textnachweis ab: 28.7.1995 +++)

Das G wurde als Artikel 1 G v. 20.7.1995 I 946 vom Bundestag beschlossen und ist gemäß Art. 6 dieses G mWv 28.7.1995 in Kraft getreten

§ 1 Anwendungsbereich

[1]Dieses Gesetz gilt für alle Arbeitnehmer. [2]Praktikanten, die gemäß § 22 Absatz 1 des Mindestlohngesetzes als Arbeitnehmer gelten, sind Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes.

Fußnoten

§ 1 Satz 1 (früher einziger Text): IdF d. Art. 7 Nr. 1 G v. 24.3.1999 I 388 mWv 1.4.1999 u. d. Art. 1 Nr. 1 G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022
§ 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 3a Nr. 1 G v. 11.8.2014 I 1348 mWv 16.8.2014

§ 2 Nachweispflicht

(1) [1]Der Arbeitgeber hat die wesentlichen Vertragsbedingungen des Arbeitsverhältnisses innerhalb der Fristen des Satzes 9 schriftlich niederzulegen, die Niederschrift zu unterzeichnen und dem Arbeitnehmer auszuhändigen. [2]Die Niederschrift nach Satz 1 kann in Textform (§ 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs) abgefasst und elektronisch übermittelt werden, sofern das Dokument für den Arbeitnehmer zugänglich ist, gespeichert und ausgedruckt werden kann und der Arbeitgeber den Arbeitnehmer mit der Übermittlung auffordert, einen Empfangsnachweis zu erteilen. [3]Im Fall des Satzes 2 hat der Arbeitgeber auf Verlangen des Arbeitnehmers die Niederschrift unter Hinweis auf den Geltungsbeginn der wesentlichen Vertragsbedingungen unverzüglich in der Form der Sätze 1 und 8 zu erteilen. [4]Satz 3 gilt entsprechend, wenn die wesentlichen Vertragsbedingungen nicht nachgewiesen wurden. [5]Die Verjährung des Anspruchs nach den Sätzen 3 und 4 beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem das Arbeitsverhältnis endet. [6]Die Sätze 2 bis 5 finden keine Anwendung auf Arbeitnehmer, die in einem Wirtschaftsbereich oder Wirtschaftszweig nach § 2a Absatz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes tätig sind. [7]In die Niederschrift sind mindestens aufzunehmen:

1. der Name und die Anschrift der Vertragsparteien,
2. der Zeitpunkt des Beginns des Arbeitsverhältnisses,

3. bei befristeten Arbeitsverhältnissen: das Enddatum oder die vorhersehbare Dauer des Arbeitsverhältnisses,

4. der Arbeitsort oder, falls der Arbeitnehmer nicht nur an einem bestimmten Arbeitsort tätig sein soll, ein Hinweis darauf, daß der Arbeitnehmer an verschiedenen Orten beschäftigt werden oder seinen Arbeitsort frei wählen kann,

5. eine kurze Charakterisierung oder Beschreibung der vom Arbeitnehmer zu leistenden Tätigkeit,

6. sofern vereinbart, die Dauer der Probezeit,

7. die Zusammensetzung und die Höhe des Arbeitsentgelts einschließlich der Vergütung von Überstunden, der Zuschläge, der Zulagen, Prämien und Sonderzahlungen sowie anderer Bestandteile des Arbeitsentgelts, die jeweils getrennt anzugeben sind, und deren Fälligkeit sowie die Art der Auszahlung,

8. die vereinbarte Arbeitszeit, vereinbarte Ruhepausen und Ruhezeiten sowie bei vereinbarter Schichtarbeit das Schichtsystem, der Schichtrhythmus und Voraussetzungen für Schichtänderungen,

9. bei Arbeit auf Abruf nach § 12 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes:

   a) die Vereinbarung, dass der Arbeitnehmer seine Arbeitsleistung entsprechend dem Arbeitsanfall zu erbringen hat,

   b) die Zahl der mindestens zu vergütenden Stunden,

   c) der Zeitrahmen, bestimmt durch Referenztage und Referenzstunden, der für die Erbringung der Arbeitsleistung festgelegt ist, und

   d) die Frist, innerhalb derer der Arbeitgeber die Lage der Arbeitszeit im Voraus mitzuteilen hat,

10. sofern vereinbart, die Möglichkeit der Anordnung von Überstunden und deren Voraussetzungen,

11. die Dauer des jährlichen Erholungsurlaubs,

12. ein etwaiger Anspruch auf vom Arbeitgeber bereitgestellte Fortbildung,

13. wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer eine betriebliche Altersversorgung über einen Versorgungsträger zusagt, der Name und die Anschrift dieses Versorgungsträgers; die Nachweispflicht entfällt, wenn der Versorgungsträger zu dieser Information verpflichtet ist,

14. das bei der Kündigung des Arbeitsverhältnisses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuhaltende Verfahren, mindestens das Schriftformerfordernis und die Fristen für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses, sowie die Frist zur Erhebung einer Kündigungsschutzklage; § 7 des Kündigungsschutzgesetzes ist auch bei einem nicht ordnungsgemäßen Nachweis der Frist zur Erhebung einer Kündigungsschutzklage anzuwenden,

15. ein in allgemeiner Form gehaltener Hinweis auf die auf das Arbeitsverhältnis anwendbaren Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen sowie Regelungen paritätisch besetzter Kommissionen, die auf der Grundlage kirchlichen Rechts Arbeitsbedingungen für den Bereich kirchlicher Arbeitgeber festlegen.

[8]Der Nachweis der wesentlichen Vertragsbedingungen nach Satz 1 in elektronischer Form ist ausgeschlossen. [9]Dem Arbeitnehmer ist die Niederschrift mit den Angaben nach Satz 7 Nummer 1, 7 und 8 spätestens am ersten Tag der Arbeitsleistung, die Niederschrift mit den Angaben nach Satz 7 Nummer 2 bis 6, 9 und 10 spätestens am siebten Kalendertag nach dem vereinbarten Beginn des Arbeitsverhältnisses und die Niederschrift mit den übrigen Angaben nach Satz 7 spätestens einen Monat nach dem vereinbarten Beginn des Arbeitsverhältnisses auszuhändigen.

(1a) [1]Wer einen Praktikanten einstellt, hat unverzüglich nach Abschluss des Praktikumsvertrages, spätestens vor Aufnahme der Praktikantentätigkeit, die wesentlichen Vertragsbedingungen schriftlich niederzulegen, die Niederschrift zu unterzeichnen und dem Praktikanten auszuhändigen. [2]In die Niederschrift sind mindestens aufzunehmen:

1. der Name und die Anschrift der Vertragsparteien,
2. die mit dem Praktikum verfolgten Lern- und Ausbildungsziele,
3. Beginn und Dauer des Praktikums,
4. Dauer der regelmäßigen täglichen Praktikumszeit,
5. Zahlung und Höhe der Vergütung,
6. Dauer des Urlaubs,
7. ein in allgemeiner Form gehaltener Hinweis auf die Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen, die auf das Praktikumsverhältnis anzuwenden sind.

[3]Absatz 1 Satz 8 gilt entsprechend.

(2) Hat der Arbeitnehmer seine Arbeitsleistung länger als vier aufeinanderfolgende Wochen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu erbringen, so hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer vor dessen Abreise die Niederschrift nach Absatz 1 Satz 1 mit allen wesentlichen Angaben nach Absatz 1 Satz 7 und folgenden zusätzlichen Angaben auszuhändigen:

1. das Land oder die Länder, in dem oder in denen die Arbeit im Ausland geleistet werden soll, und die geplante Dauer der Arbeit,
2. die Währung, in der die Entlohnung erfolgt,
3. sofern vereinbart, mit dem Auslandsaufenthalt verbundene Geld- oder Sachleistungen, insbesondere Entsendezulagen und zu erstattende Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten,
4. die Angabe, ob eine Rückkehr des Arbeitnehmers vorgesehen ist, und gegebenenfalls die Bedingungen der Rückkehr.

Auf die Verpflichtung nach Satz 1 finden folgende Regelungen entsprechende Anwendung:

1. Absatz 1 Satz 2, 5 und 6 sowie
2. Absatz 1 Satz 3 und 4.

(3) Fällt ein Auslandsaufenthalt nach Absatz 2 in den Anwendungsbereich der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (ABl. L 18 vom 21.1.1997, S. 1), die durch die Richtlinie (EU) 2018/957 (ABl. L 173 vom 9.7.2018, S. 16) geändert worden ist, muss die Niederschrift nach Absatz 1 Satz 1 neben den Angaben nach Absatz 2 auch folgende zusätzliche Angaben enthalten:

1. die Entlohnung, auf die der Arbeitnehmer nach dem Recht des Mitgliedstaats oder der Mitgliedstaaten, in dem oder in denen der Arbeitnehmer seine Arbeit leisten soll, Anspruch hat,
2. den Link zu der einzigen offiziellen nationalen Website, die der Mitgliedstaat, in dem der Arbeitnehmer seine Arbeit leisten soll, betreibt nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie 2014/67/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Durchsetzung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems – („IMI-Verordnung“) (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 11).

Auf die Verpflichtung nach Satz 1 finden folgende Regelungen entsprechende Anwendung:

1. Absatz 1 Satz 2, 5 und 6 sowie
2. Absatz 1 Satz 3 und 4.

(4) [1]Die Angaben nach Absatz 1 Satz 7 Nummer 6 bis 8 und 10 bis 14 können ersetzt werden durch einen Hinweis auf die auf das Arbeitsverhältnis anwendbaren Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen sowie Regelungen paritätisch besetzter Kommissionen, die auf der Grundlage kirchlichen

Rechts Arbeitsbedingungen für den Bereich kirchlicher Arbeitgeber festlegen. [2]Ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 7 Nummer 11 und 14 die jeweilige gesetzliche Regelung maßgebend, so kann hierauf verwiesen werden. [3]Die Angaben nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 können ersetzt werden durch einen Hinweis auf konkrete Bestimmungen der einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Satzungen oder Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen sowie Regelungen paritätisch besetzter Kommissionen, die auf der Grundlage kirchlichen Rechts Arbeitsbedingungen für den Bereich kirchlicher Arbeitgeber festlegen.

(5) [1]Wenn dem Arbeitnehmer ein schriftlicher Arbeitsvertrag ausgehändigt worden ist, entfällt die Verpflichtung nach den Absätzen 1, 2 und 3, soweit der Vertrag die in den Absätzen 1 bis 4 geforderten Angaben enthält. [2]Ist dem Arbeitnehmer ein Arbeitsvertrag in Textform nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 2 übermittelt worden, entfällt die Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1 und 2 und den Absätzen 2 und 3, soweit der Vertrag die in den Absätzen 1 bis 4 geforderten Angaben enthält; unberührt bleibt der Anspruch nach Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 oder Absatz 3 Satz 2 Nummer 2. [3]Satz 2 gilt nicht in den Fällen des Absatzes 1 Satz 6.

Fußnoten

§ 2 Abs. 1: Früherer Satz 4 aufgeh. durch Art. 6 G v. 5.12.2012 I 2474 mWv 1.1.2013
§ 2 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022 u. d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. aa G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 2 bis 6: Eingef. durch Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 3 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 3): IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb aaa G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 3 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 4 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 4): IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb bbb G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 4 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 5 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 5): IdF d. Art. 2a G v. 29.6.1998 I 1694 mWv 3.7.1998; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 5 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 6 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 6): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb ccc G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 6 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 7 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 7): Früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 jetzt Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb ddd G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 7 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 8 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 8): Früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 jetzt Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb eee G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 8 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 9 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 9): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb fff G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 9 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 10 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 10): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb ggg G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 10 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 11 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 11): Früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 jetzt Abs. 1 Satz 2 Nr. 11 gem. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb hhh G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 11 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 11 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 12 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 12): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb iii G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 12 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 13 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 13): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb iii G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 13 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 13 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 14 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 14): Früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 jetzt Abs. 1 Satz 2 Nr. 14 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb jjj G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs.

1 Satz 2 Nr. 14 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 14 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 7 Nr. 15 (früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 15): Früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 jetzt Abs. 1 Satz 2 Nr. 15 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb kkk G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 2 Nr. 15 jetzt Abs. 1 Satz 7 Nr. 15 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 8 (früher Abs. 1 Satz 3): Eingef. durch Art. 32 G v. 13.7.2001 I 1542 mWv 1.8.2001; früher Abs. 1 Satz 34 jetzt Abs. 1 Satz 8 gem. u. idF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb u. cc G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1 Satz 9 (früher Abs. 1 Satz 4): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. cc G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 1 Satz 4 jetzt Abs. 1 Satz 9 gem. u. idF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb u. dd G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 3a Nr. 2 G v. 11.8.2014 I 1348 mWv 16.8.2014
§ 2 Abs. 1a Satz 3: IdF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. b G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 2 Satz 1 (früher Abs. 2): IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 2 jetzt Abs. 2 Satz 1 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. c DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 2 Satz 1 Eingangssatz: Früher Abs. 2 Eingangssatz jetzt Abs. 2 Satz 1 Eingangssatz gem. u. idF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. c DBuchst. aa u. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 50 Nr. 1 Buchst. c DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 3 Satz 1 (früher Abs. 3): Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. c G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 3 jetzt Abs. 3 Satz 1 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. d G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 50 Nr. 1 Buchst. d G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 4: Früher Abs. 3 jetzt Abs. 4 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. d G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022
§ 2 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. e DBuchst. aa G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. e DBuchst. aa G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 4 Satz 3: IdF d. Art. 50 Nr. 1 Buchst. e DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 5 Satz 1 (früher Abs. 5): Früher Abs. 4 jetzt Abs. 5 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. e G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Abs. 5 jetzt Abs. 5 Satz 1 gem. Art. 50 Nr. 1 Buchst. f G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 2 Abs. 5 Satz 2 u. 3: Eingef. durch Art. 50 Nr. 1 Buchst. f G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025

§ 3 Änderung der Angaben

(1) [1]Eine Änderung der wesentlichen Vertragsbedingungen oder der in § 2 Absatz 2 und 3 genannten Angaben ist dem Arbeitnehmer spätestens an dem Tag, an dem sie wirksam wird, schriftlich mitzuteilen. [2]Auf die Verpflichtung nach Satz 1 finden folgende Regelungen entsprechende Anwendung:

1. § 2 Absatz 1 Satz 2, 5 und 6 sowie
2. § 2 Absatz 1 Satz 3 und 4.

[3]Satz 1 gilt nicht bei einer Änderung der auf das Arbeitsverhältnis anwendbaren gesetzlichen Vorschriften, Tarifverträge, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen sowie Regelungen paritätisch besetzter Kommissionen, die auf der Grundlage kirchlichen Rechts Arbeitsbedingungen für den Bereich kirchlicher Arbeitgeber festlegen.

(2) [1]Die Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1 entfällt, sofern dem Arbeitnehmer hinsichtlich der Änderung ein schriftlicher Änderungsvertrag ausgehändigt worden ist. [2]Das Gleiche gilt, wenn dem Arbeitnehmer hinsichtlich der Änderung ein Änderungsvertrag in Textform nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 Satz 2 übermittelt worden ist; unberührt bleibt der Anspruch nach § 2 Absatz 1 Satz 3. [3]Satz 2 gilt nicht in den Fällen des § 2 Absatz 1 Satz 6.

Fußnoten

§ 3 Abs. 1 Satz 1 (früher Satz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Satz 1 jetzt Abs. 1 Satz 1 gem. u. idF d. Art. 50 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025

§ 3 Abs. 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 50 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 3 Abs. 1 Satz 3 (früher Satz 2): IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; früher Satz 2 jetzt Abs. 1 Satz 3 gem. Art. 50 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa u. bb G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 3 Abs. 2: Eingef. durch Art. 50 Nr. 2 Buchst. b G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025

§ 4 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 2 Absatz 1 Satz 1 eine in § 2 Absatz 1 Satz 7 genannte wesentliche Vertragsbedingung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig aushändigt,
2. entgegen § 2 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit Satz 4, jeweils auch in Verbindung mit § 2 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2, Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 oder § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, eine dort genannte Niederschrift nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,
3. entgegen § 2 Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1, eine dort genannte Niederschrift nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig aushändigt oder
4. entgegen § 3 Absatz 1 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zweitausend Euro geahndet werden.

Fußnoten

§ 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022
§ 4 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 50 Nr. 3 Buchst. a G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 4 Abs. 1 Nr. 2: Eingef. durch Art. 50 Nr. 3 Buchst. b G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 4 Abs. 1 Nr. 3: Früher Abs. 1 Nr. 2 jetzt Abs. 1 Nr. 3 gem. u. idF d. Art. 50 Nr. 3 Buchst. c G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025
§ 4 Abs. 1 Nr. 4: Früher Abs. 1 Nr. 3 jetzt Abs. 1 Nr. 4 gem. u. idF d. Art. 50 Nr. 3 Buchst. d G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025

§ 5 Übergangsvorschrift

[1]Hat das Arbeitsverhältnis bereits vor dem 1. August 2022 bestanden, so ist dem Arbeitnehmer auf sein Verlangen spätestens am siebten Tag nach Zugang der Aufforderung beim Arbeitgeber die Niederschrift mit den Angaben nach § 2 Absatz 1 Satz 7 Nummer 1 bis 10 auszuhändigen; die Niederschrift mit den übrigen Angaben nach § 2 Absatz 1 Satz 7 ist spätestens einen Monat nach Zugang der Aufforderung auszuhändigen. [2]Soweit eine früher ausgestellte Niederschrift oder ein schriftlicher Arbeitsvertrag die nach diesem Gesetz erforderlichen Angaben enthält, entfällt diese Verpflichtung.

Fußnoten

§ 5: Früher § 4 jetzt § 5 gem. Art. 1 Nr. 5 G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022
§ 5 Satz 1: Früher § 4 Satz 1 jetzt § 5 Satz 1 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 5 G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022; idF d. Art. 50 Nr. 4 G v. 23.10.2024 I Nr. 323 mWv 1.1.2025

§ 6 Unabdingbarkeit

Von den Vorschriften dieses Gesetzes kann nicht zuungunsten des Arbeitnehmers abgewichen werden.

Fußnoten

§ 6: Früher § 5 jetzt § 6 gem. Art. 1 Nr. 6 G v. 20.7.2022 I 1174 mWv 1.8.2022

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH